

17. 12. 2010

## **Puten-Affäre in Niedersachsen: Agrarministerin Grotelüschen tritt zurück**

**Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen ist zurückgetreten. Die CDU-Frau war in die Kritik geraten, weil sie früher im Management der umstrittenen Mastputenbrüterei ihres Mannes tätig war. Hinzu kamen Vorwürfe, sie sei für Dumpinglöhne mitverantwortlich gewesen.**



dpa

Politikerin Grotelüschen: Rückzug nach Puten-Affäre

Hannover - Astrid Grotelüschen tritt ab. Die in die Kritik geratene niedersächsische Landwirtschaftsministerin hat ihr Amt zur Verfügung gestellt. Die 46-jährige Christdemokratin war wegen [andauernder Vorwürfe um Tierschutzmängel und Billiglöhne in der Geflügelbranche zur Belastung für die schwarz-gelbe Landesregierung geworden.](#)

Ministerpräsident David McAllister präsentierte in der CDU-Landtagsfraktion am Vormittag bereits einen Nachfolger - den früheren Staatssekretär im Bundesagrarministerium, Gert Lindemann, 63.

Der ausgewiesene Agrarfachmann erhielt von den Abgeordneten in der Sondersitzung im Landtag in Hannover viel Applaus. Der Jurist hat eine lange Vergangenheit als Fachmann im Landwirtschaftsressort in Hannover, wechselte 2005 in das Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerium in Berlin und war bis Anfang 2010 Amtschef von Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU).

Grotelüsches Verhältnis zu McAllister war von Anfang an unterkühlt. Intern wurde ihr vorgehalten, sie sei beratungsresistent. Die CDU-Parlamentarier reagierten erleichtert auf den Ministerwechsel.

Ex-Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) hatte Grotelüschen erst im April ins Kabinett geholt. Ihre Familie besitzt eine der größten Mastkükenbrütereien in Deutschland. Tierschützer und die Opposition beklagten immer wieder, Grotelüschen sei im Regierungsamt noch zu sehr Lobbyistin und verharmlose die Probleme bei der Massentierhaltung. Eine Studie im Auftrag des Ministeriums zu Missständen in der Hähnchenmast hatte die Debatte weiter angeheizt. Auch die Ankündigung der Ministerin am Anfang dieser Woche, eine Arbeitsgruppe zum Tierwohl einzusetzen, kam vielen zu spät.

*ffr/dpa/AFP/dapd*